Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 52 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 2. März | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Preußische Landtag ist zu einer kurzen Tagung zusammengetreten.

* In Finnland wurde wegen der neuen Bewegung der Lappoleute der Kriegszustand erklärt.

* Die japanischen Truppen sind an der ganzen Schanghaifront zu einem großen Angriff geschritten.

Steuervorauszahlungen am 10. März

Die schwierige Kassenlage des Reiches hat dazu geführt, den Termin für die an sich erst am 10. April fälligen Einkommen- und Krisensteuervorauszahlungsraten in diesem Jahre bereits auf den 10. März vorzuverlegen. Die Zahlung dieser Rate wird in sehr vielen Fällen angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise und der großen Einkommensrückgänge Schwierigkeiten machen. Diese Schwierigkeiten sind noch dadurch verschärft, daß die Vorauszahlungen noch auf dem letzt vorhergehenden Einkommensteuerbescheid und dem diesen Bescheiden regelmäßig zugrunde liegenden Jahreseinkommen von 1930 aufbauen, das in den meisten Fällen sehr viel höher gewesen sein wird als das heutige Einkommen.

Der Gesetzgeber hat für solche Fälle von Einkommensrückgängen in dem § 100 des Einkommensteuergesetzes eine Möglichkeit gegeben, die Vorauszahlungen demjenigen Einkommen anzupassen, mit dem für das jetzt laufende Steuerjahr zu rechnen ist. Es ist zwar nicht angängig, daß das Finanzamt auf Grund dieser Bestimmungen die Vorauszahlungsrate erläßt, wohl aber kann die Vorauszahlung ganz oder teilweise bis zur endgültigen Veranlagung des Jahreseinkommens 1932 unter gewissen Voraussetzungen gestundet werden. Voraussetzung dafür ist, daß das jetzige Einkommen für 1932 gegenüber dem Einkommen des letzten Steuerbescheides, regelmäßig also gegenüber demjenigen von 1930, um voraussichtlich mehr als ein Fünftel, mindestens aber um 1000 Mark niedriger sein wird.

Solche Fälle werden nicht nur dann häufig sein, wenn die Erwerbstätigkeit des Steuerpflichtigen dieselbe geblieben ist und sich nur die Einkünfte daraus verschlechtert haben, sondern auch dann, wenn der Steuerpflichtige 1930 einmalige Einkünfte bezogen hat, die in späteren Jahren nicht wiederkehren werden. Derartige Fälle kommen besonders vor, wenn 1930 Gewinne aus der Veräußerung von Gewerbebetrieben oder Beteiligungen, Abfindungen für Ausscheiden aus einem Geschäft, Aufgabe einer Gewinnbeteiligung oder Einkünften für sonstige Entschädigungen oder aus Spekulationsgeschäften besteuert wären. Liegen Voraussetzungen der vorgenannten Art vor, so empfiehlt es sich, bei dem Finanzamt schleunigst einen entsprechenden Antrag auf zinslose Stundung des der Einkommensminderung entsprechenden Teiles der Einkommen- und Krisensteuervorauszahlungen zu stellen.

Zur Begründung des Stundungsantrages ist nicht erforderlich, daß die Minderung des Gesamteinkommens 1932 positiv nachgewiesen wird, denn ein solcher positiver Nachweis wäre ja überhaupt erst nach Ablauf des Jahres 1932 möglich, sondern es genügt, daß die Einkommensminderung glaubhaft gemacht wird. In der Regel wird dafür schon ein Nachweis über die gesunkenen Einkünfte in den ersten zwei Monaten des Jahres genügen. Für Kaufleute empfiehlt es sich, eine Zwischenbilanz einzureichen.

Außer in diesen Fällen kann eine Stundung oder Teilstundung noch erreicht werden, wenn sich die Erwerbsverhältnisse anderweit geändert haben und insbesondere Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen, an die Stelle von sonstigen Einkommen, z. B. aus gewerblicher Tätigkeit oder aus selbständiger Berufstätigkeit, getreten sind und das bisherige sonstige Einkommen dadurch um mindestens 500 Mark gemindert ist. Auch in derartigen Fällen empfiehlt sich umgehende Stellung eines Stundungsantrages.

Sind die vorstehend besprochenen Voraussetzungen des § 100 des Einkommensteuergesetzes nicht gegeben, hat sich also das Einkommen nicht entsprechend verringert, so kann eine Stundung der Vorauszahlung nur noch unter den allgemeinen Voraussetzungen des § 127 der Reichsabgabenordnung erreicht werden. Es muß dann dem Finanzamt nachgewiesen werden, daß die Steuererhebung mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden ist und daß der Steueranspruch selbst durch die Stundung nicht gefährdet wird. In der Regel werden derartige Stundungen von den Finanzämtern nur gegen Sicherheitsleistung und Verzinsung gewährt.

Als Muster für Anträge auf Stundung gemäß § 100 EStG. kann etwa folgender Antrag dienen:

„An das Finanzamt .....

Ich leiste meine Vorauszahlungen auf Grund meines Einkommensteuerbescheides für 1930 nach einem für 1930 festgestellten Einkommen von insgesamt 6000 Mark. Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise ist mein Einkommen seither erheblich zurückgegangen und hat für das gesamte Jahr 1931 ausweislich meiner bereits abgegebenen Einkommensteuererklärung nur noch 4000 Mark betragen. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1932 ist eine weitere Einkommenverringerung eingetreten. Zum Beweise dessen füge ich anliegende Zwischenbilanz auf den 1. März 1932 bei. Ausweislich dieser wird das Jahreseinkommen 1932 voraussichtlich nur noch 3000 Mark betragen. Ich beantrage daher gemäß § 100 EStG., mir die Hälfte meiner Einkommensteuervorauszahlungsrate, die ich am 10. März 1932 zu leisten habe, bis zur endgültigen Veranlagung zinslos zu stunden.

Meinen Antrag erstrecke ich gleichzeitig gemäß § 10 der Krisensteuer-Durchführungsbestimmungen auch auf die Krisensteuervorauszahlung."

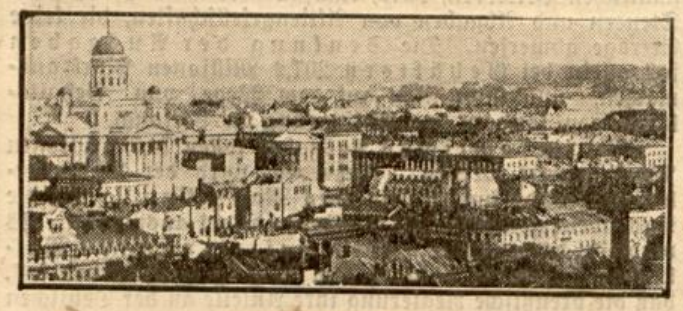
Die Lappoleute geben nicht nach!

Hochspannung in Finnland.

Belagerungszustand wegen der Lappobewegung.

Die Lage in Finnland ist außerordentlich gespannt. In Helsingfors sind im Garten der Villa des Oberkommandierenden der finnischen Armee, General Sihvo, fünf Männer verhaftet worden, die allem Anschein nach der Lappobewegung angehören und einen Anschlag auf General Sihvo ausführen wollten.

Der finnische Staatspräsident hat Verhandlungen mit den Lappoführern abgelehnt. Darauf gaben die Vertreter der Lappobewegung einen Brief an den Staatspräsidenten ab, in dem u. a. erklärt wird, daß die aufrührerischen Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Schutz der Regierung und des Gesetzes seit zehn Jahren Druck und Erpressung gegen die Teilnehmer des Freiheitskrieges ausübten. Viele von diesen seien ermordet worden, ohne daß die Staatsgewalt auch nur den Versuch gemacht habe, die Marxisten daran zu hindern. Finnland solle jetzt wiederum zu einem roten Gemeinwesen gemacht werden. Für das, was geschehen werde, trügen diejenigen die Verantwortung, die in ihrer Beschränktheit den Marxismus schützten. Die Lappobewegung denke nicht an Rückzug, nicht an Nachlassen und Unterwerfung.



Blick auf Helsingfors, die Hauptstadt Finnlands.

*

In ganz Finnland ist wegen der neuen Lappobewegung der Belagerungszustand erklärt worden.

Die ersten Zusammenstöße.

In der Umgebung von Helsingfors haben die ersten Zusammenstöße zwischen Lappoleuten und und Regierungstruppen stattgefunden. Die Lappoleute, die unter Führung des Generals Wallenius gegen die Hauptstadt vorzudringen versuchten, wurden von den Regierungstruppen aufgehalten. Bei Mäntsälä, von wo die Aufstandsbewegung ausgeht, sollen die Lappoleute von den Truppen umzingelt worden sein.

Die Gewitterwolken im Fernen Osten.

Marschieren Amerika und Rußland auf?

Die Japaner eröffneten auf der ganzen Front von Tschapei bis Kiangwan eine neue Offensive. Nach vorhergehender Bombardierung Tschapeis durch Flugzeuge rückte die japanische Infanterie trotz des chinesischen Widerstandes im Bezirk Hongkiu vor. Auch bei Tasang griffen die Japaner an. Flugzeuge belegten die chinesischen Stellungen mit Bomben, während Tanks die chinesischen Schützengräben angriffen. An der Yangtsemündung wurden 12 000 Mann japanische Truppen gelandet. Es wird vermutet, daß diese Truppen die chinesische Front hinter den Wusungforts umgehen sollen.

In eigentümlichem Gegensatz zu diesem erneuten kriegerischen Vorgehen Japans steht die Entscheidung der japanischen Regierung, die Genfer Vorschläge für die Einberufung einer Vermittlungskonferenz in Schanghai für annehmbar zu erklären. Die von dem Präsidenten des Völkerbundrates gemachten Vorschläge ständen nicht mit der japanischen Politik in Widerspruch. Die japanischen Vertreter in Genf sind von der Entscheidung der japanischen Regierung unterrichtet worden. Fast hat es den Anschein, als ob diese japanische Nachgiebigkeit ein Manöver darstellt, das die jetzt in Tokio befindliche Völkerbundkommission über die wahren Absichten Japans hinwegtäuschen soll.

Die internationale Kommission wurde vom japanischen Ministerpräsidenten Inukai empfangen. Der japanische Ministerpräsident informierte die Kommission über die Stellung Japans in der Mandschurei und erläuterte die Gründe für das japanische Vorgehen in Schanghai.

Die japanische Regierung hat angeordnet, daß sechs Mitglieder des japanischen Auswärtigen Amts und zwei Offiziere des japanischen Generalstabes die internationale Kommission dauernd begleiten sollen. Die Kommission wird elf Tage in Tokio bleiben, wo zu ihrer Anwesenheit Bankett und Empfänge abgehalten werden.

Unabhängig von diesen sogenannten Untersuchungen des Völkerbundes scheint Amerika jetzt dazu überzugehen, statt durch Noten und Entschließungen, Japan durch kräftigere Mittel unter Druck zu setzen. Die Zusammenziehung der gesamten Atlantikflotte der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean scheint doch zu mehr als nur Manöverzwecken zu erfolgen.

Auch auf dem mandschurischen Kriegsschauplatz scheint sich die Lage zuzuspitzen. Rußland, das bisher der Entwicklung dort ziemlich untätig zugesehen hat, ist durch das eigenartige Verlangen der neuen mandschurischen Republik, Japan möchte doch seine Truppen in der Mandschurei als Schutz belassen, mißtrauisch geworden und fühlt sich dadurch an seiner Ostgrenze bedroht. Im Japanischen Außenministerium ist ein Bericht des japanischen Konsuls in Wladiwostok eingelaufen, daß zwei russische Armeekorps in der Nähe von Wladiwostok zusammengezogen worden seien. Weitere 100 000 Mann sollen im Ussuri-Gebiet an der mandschurischen Grenze bereitstehen. Der Konsul teilt in seinem Bericht ferner mit, daß die Russen früher oder später einen Zusammenstoß mit den Japanern für unvermeidlich hielten.

Deutschlands neue Zollwaffe.

Die Einführung eines Kampftarifes beschlossen.

Das Reichskabinett hat die Einführung des Obertarifs beschlossen, der Kampfzölle gegen die Länder enthält, die ihrerseits gegen Deutschland auf dem Zollgebiet vorgegangen sind, oder sich zu derartigen Maßregeln anschicken. Der Obertarif tritt nicht, wie man zunächst erwartet hatte, automatisch für alle Länder in Kraft, mit denen Deutschland gegenwärtig keinen Handelsvertrag besitzt. Die Länder, auf die er anzuwenden ist, sollen vielmehr durch besondere Verordnung bestimmt werden. Auf diese Weise ist für eine Reihe von Ländern die Möglichkeit gegeben, zunächst die gegen Deutschland getroffenen Maßregeln noch einmal zu überprüfen und, soweit möglich, zurückzunehmen.

Offener Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig.

Die Danzig-polnischen Kontingentverhandlungen sind wegen unannehmbarer politischer Forderungen Polens ergebnislos abgebrochen worden. Während der Verhandlungen hat die polnische Regierung ihre Danzig schwer schädigenden Maßnahmen so verschärft, daß heute nur noch von einem regelrechten Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig gesprochen werden kann.

Das Wettrennen der Frachtschiffe zur englischen Küste.

Die englische Presse bringt aufsehenerregende Berichte über große Wettrennen der ausländischen Schiffe nach englischen Häfen, die ihre Waren noch vor dem Inkrafttreten der Schutzzölle in englische Häfen bringen wollten. Vielen Schiffen sei es infolge des Sturmes nicht gelungen, rechtzeitig anzukommen, was einen Mehrgewinn von vielen tausend Pfund für das Schatzamt bedeute. Die große Zahl der noch im letzten Augenblick angekommenen Schiffe habe für die Zollbeamten eine ganz ungeheure Mehrbelastung bedeutet.

Die neue Zollpolitik.

Entschließung des Reichslandbundes zur Zoll- und Handelspolitik.

Auf der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes wurde zur Zoll- und Handelspolitik eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Einführung eines Maximaltarifes bedeutet, namentlich angesichts der bestehenden Zollbindungen und des herrschenden Meistbegünstigungssystems, für die Landwirtschaft keine Verbesserung des noch völlig unzureichenden Schutzes der heimischen Agrarerzeugung. Der Reichslandbund fordert sofortige Einführung einer scharfen Kontingentierung der Einfuhr und baldigste Herstellung der Zollautonomie.

Kurze politische Nachrichten.

Zu der Meldung, daß die französischen Gläubiger eine Bezahlung von 10 Prozent der von ihnen gegebenen Kredite am Verfalltage verlangen, wird von Berliner zuständiger Seite erklärt, daß von diesem Verlangen noch nichts bekannt ist. Dem Stillhalteabkommen als solchem könne hierdurch die Basis nicht entzogen werden, da es in Kraft ist. Der französischen Forderung könne deutscherseits nicht entsprochen werden, da hierdurch Frankreich vor den anderen Gläubigern bevorzugt werden würde. Sollten die Franzosen auf ihrer Forderung bestehen, so würden sie nicht in den Genuß der Vorteile des Stillhalteabkommens treten.

*

Der preußische Minister des Innern hat in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage seine Ansicht zu dem Begriff der Nichtöffentlichkeit von Versammlungen geäußert und u. a. erklärt: Vereins- oder Verbandsversammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen; sie können auch öffentliche Versammlungen sein. Zum Begriff der nichtöffentlichen Versammlung gehört insbesondere die innerliche Verbundenheit der Versammlungsteilnehmer, die bei der Mitgliederversammlung eines Vereins oder eines politischen

Der Hunger nach Arbeit.

Die Lage des Handwerks im Monat Februar.

Vom Reichsverband des Deutschen Handwerks wird geschrieben:

Wie bei dem anhaltenden allgemeinen Tiefstand der deutschen Wirtschaft nicht anders zu erwarten ist, hat auch der Monat Februar dem Handwerk keine Besserung gebracht. Die Hoffnungen auf eine stärkere Auftragserteilung aus saisonmäßigen Gründen, wie sie sonst üblich war, haben sich nicht erfüllt.

Die Frühjahrsbelebung,

die sonst bereits im Februar einzusetzen pflegte, ist ausgeblieben. Von einer Beschäftigung mit Neuaufträgen kann im Handwerk kaum noch die Rede sein. Soweit überhaupt Beschäftigung vorlag, beschränkte sie sich auf unerläßliche Reparaturarbeiten. Aber auch die Zahl dieser Aufträge war äußerst beschränkt, einmal infolge der Zurückhaltung der Kundschaft, zum anderen, weil diese Aufträge dem Handwerk in immer größerem Maße von Schwarzarbeitern entzogen werden. Für die Entwicklung der Handwerkswirtschaft außerordentlich bedeutsam ist auch

die Preissenkungsaktion der Reichsregierung,

die zum Teil durch die Form ihrer Durchführung im Handwerk außerordentliche Erbitterung ausgelöst hat. Es wird bei den Forderungen auf Senkung der Preise im Handwerk nur zu leicht vergessen, daß das Handwerk in seiner Preisbildung nicht frei ist, sondern wesentlich von den Preisen seiner Vorlieferanten, von der Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen, die noch keine Senkung erfahren haben usw., abhängt. Infolge der bereits seit Jahren andauernden Depression im Handwerk hat sich allmählich ein derartiger Hunger nach Arbeit entwickelt, daß die Preise im Handwerk auf das äußerste gedrückt sind.

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage im Handwerk ist das vollständige

Daniederliegen der Bautätigkeit,

das nur zum Teil auf das zeitweise herrschende Frostwetter, überwiegend aber auf den völligen Mangel an Aufträgen zurückzuführen ist. Die Aussichten für das bevorstehende Baujahr müssen auch, da noch keinerlei Projekte für Neubauten vergeben werden, zum mindesten soweit die Privatbautätigkeit in Frage kommt, als äußerst ungünstig angesehen werden. Auch in den übrigen Handwerksberufen haben sich die Geschäftsverhältnisse nicht gebessert. In den Bekleidungshandwerken ist der Beginn der saisonmäßigen Belebung des Geschäfts ausgeblieben. Die metallverarbeitenden sowie holzverarbeitenden Handwerke, die zum Teil in engem Zusammenhang mit dem Baumarkt stehen, liegen völlig danieder. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse bei den leder- und papierverarbeitenden Handwerken. Auch die Nahrungsmittelhandwerke bekommen immer stärker den allgemeinen Niedergang zu spüren.

Entsprechend der schlechten Beschäftigung der Betriebe hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verschärfung erfahren. Selbst für Lehrlinge liegt vielfach keine Beschäftigung mehr vor.

Die Streikbewegung des Mittelstandes.

Der Streik um Licht- und Bierpreise.

Ein Ausschuß des Reichskartells des selbständigen Mittelstandes sprach wegen der Senkung der Strompreise sowie der übrigen Werkgebühren der öffentlichen Tarife und Abgaben beim Preisüberwachungskommissar vor. Der Ausschuß wies darauf hin, daß der Preiskommissar gegenüber Handel, Handwerk und Gewerbe rücksichtslos verordnet, gegenüber der gebundenen und öffentlichen Wirtschaft aber gezögert habe. Man streite sich um einen Pfennig beim Brot oder bei der Milch, vor der Heiligkeit der öffentlichen und Syndikatswerke mache aber der Preiskommissar halt. Dr. Goerdeler habe erwidert, daß von 1014 Elektrizitätswerken bereits 842 die Preise gesenkt hätten. Zu denen, die die Preise noch nicht gesenkt hätten, gehörten allerdings die größten Werke. Die öffentlichen Tarife weiter zu senken habe er sich als besonderes Gebiet vorbehalten. Es sei selbstverständlich, daß ein Eingriff in die Preise nur dann Zweck habe, wenn er auf der ganzen Linie, also auch bei der öffentlichen Hand, erfolge. Die Mittelstandsvertreter erklärten, daß die Beschleunigung und die Maßnahmen zur Senkung bestimmend seien für die Lichtstreikbewegung. — Das Reichskartell des selbständigen Mittelstandes wird am Mittwoch zu der Erklärung des Preiskommissars Stellung nehmen. Gleichzeitig wird auch das Berliner Mittelstandskartell sich mit der Frage des Lichtstreiks befassen.

Die Lage im Bierstreik ist unverändert. Der Deutsche Gastwirteverband, der eine baldige Beilegung des Streikes erstrebt, verhandelt weiter mit der Regierung. Die Brauereien, die im Hinblick auf die Fälligkeitstermine der Steuern in Schwierigkeiten geraten sind, haben bei den zuständigen Stellen Stundungsanträge eingereicht. Ein Beschluß darüber, in welchem Umfange die Aussperrungen vorgenommen werden sollen, wird erst am Mittwoch gefaßt werden.

Die Wahltribüne.

Duesterberg „Wählkandidat, nicht Zählkandidat".

Der Stahlhelm verbreitet eine Mitteilung über einen Generalappell, zu dem über 3000 Mitglieder des Stahlhelms in dem großen Saal des Kristallpalastes in Magdeburg versammelt gewesen sind. In der Versammlung erläuterte der Erste Bundesführer Franz Seldte den Gang der Dinge, der zu der heutigen politischen Lage und zu der Aufstellung der Kandidatur Duesterbergs geführt habe. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung: „Der Stahlhelm hat seinen Zweiten Bundesführer nicht als Zählkandidaten, sondern als Wählkandidaten herausgestellt. Dieser Mann ist der Vertreter unseres Frontsoldatenprinzips, das wir für mindestens so wertvoll halten wie irgendein Parteiprinzip. Dieses unser Frontsoldatenprinzip werden wir darum fortan auch in jedem Entscheidungskampf einsetzen, der in Deutschland und Preußen geführt wird."

„Betriebsanwalt" Winter als Reichspräsidentenkandidat.

„Betriebsanwalt" Winter, der zurzeit in der Bautzener Strafanstalt eine Gefängnisstrafe verbüßt, wird als Kandidat zur Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Wie in einer Wahlversammlung der Anhänger Winters in Dresden bekanntgegeben wurde, sind für diesen Wahlvorschlag bis jetzt annähernd 30 000 Unterschriften abgegeben worden.

Abschluß der Wahlvorschlagsliste am 3. März. Fünf Kandidaten.

Die Wahlvorschläge für die Reichspräsidentenwahl werden erst am Donnerstag, den 3. März, 24 Uhr, amtlich abgeschlossen werden. Nach der Auffassung des Reichswahlleiters wird auch der Name des Betriebsanwalts Gustav Winter in die Liste der Wahlvorschläge aufgenommen werden müssen, da der Antrag von der erforderlichen Stimmenzahl unterstützt wird. Auf dem Stimmzettel werden also fünf Präsidentschaftskandidaten verzeichnet sein.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes zur Reichspräsidentenwahl.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm in seiner Sitzung folgende Entschließung zur Reichspräsidentenwahl an: „Die nationale Opposition hat die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer Hitler und Duesterberg beantwortet. Der Reichslandbund steht im Lager der nationalen Opposition. Er wird seine Stimme nicht für Hindenburg einsetzen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition darf nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Unser gemeinsamer Kampf richtet sich gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Irrwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind."

Die Eiserne Front für Hindenburg.

Die Eiserne Front, die neue Kampforganisation der SPD., tritt in einem Aufruf für Hindenburg ein. Es heißt darin: Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unserer Sache, nicht eines Namens. Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler! Darum entscheidet sich die Eiserne Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler!

Kleinausschankverbot von Branntwein am 12. und 13. März.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in der nächsten Nummer der Preußischen Gesetzsammlung eine Verordnung des Ministers des Innern veröffentlicht, wonach anläßlich der Reichspräsidentenwahl der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein am Sonnabend, dem 12., und Sonntag, dem 13. März, bis zur Polizeistunde verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Duesterberg und das Ausland.

Auf Anfragen von ausländischen Pressevertretern, ob nicht der Kandidat des Kampfblocks Schwarzweißrot, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, ebenso wie Adolf Hitler die Berliner Vertreter der ausländischen Presse zu einer Erklärung über seinen Wahlkampf empfangen wolle, hat der Leiter der Presseabteilung des Stahlhelms, Kleinau, an den Verband Ausländischer Pressevertreter ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. mitteilt, Oberstleutnant a. D. Duesterberg lehne es grundsätzlich ab, in einer innerdeutschen Streitfrage, die allein das deutsche Volk in sich auszutragen hat, an das Ausland zu appellieren, sowie auch nur den Anschein zu erwecken, als ob ein solcher Appell beabsichtigt sei.

*

Hugenberg zur Präsidentschaftswahl.

Warum die D. N. V. P. gegen Hindenburg ist.

Auf einer Versammlung in Essen sprach der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl, wobei er auch auf die Preußenwahl einging.

Zunächst begründete er eingehend, warum die Deutschnationalen sich gegen Hindenburg entscheiden mußten: weil die Kandidatur Hindenburgs der Versuch des schwarzroten Systems sei, für die Aufrechterhaltung dieses Systems mit dem Namen Hindenburg systemfeindliche nationale Stimmen einzufangen. Die Fronten, die jetzt bei der Präsidentenwahl verwischt seien, würden bei der Preußenwahl wieder klar hergestellt werden, dann würde für viele eine Entwicklung verständlich werden, deren Bedeutung viele jetzt noch nicht erkennen. Hugenberg ging dann rückschauend auf die Politik der Deutschnationalen Volkspartei seit der Reichstagsauflösung im Juli 1930 ein. Hätte damals, so erklärte Dr. Hugenberg, die Deutschnationale Volkspartei den Lockungen nachgegeben und die Politik Brünings unterstützt, dann hätte die Not, die unvermeidliche Folge des Young-Plans und der marxistischen Herrschaft, nicht gläubige Nationalisten, sondern haßerfüllte Bolschewisten geboren. Dann ging der Redner auf

die Politik Brünings und des Zentrums

ein. Das Zentrum habe die preußischen Landtagswahlen hinter die Präsidentenwahlen gelegt, um den Frieden zwischen Hindenburg und der Rechten unmöglich zu machen, ja, um Hindenburg auf der Seite des schwarzroten Bundes gegen die Rechte auszuspielen; das Zentrum habe im Sommer 1931 die beste Gelegenheit zur endgültigen Abwerfung der Tribute versäumt, es habe sich nicht rechtzeitig zu einer klaren Politik des inneren Marktes entschließen können, es habe ständig „gepfuscht", statt geführt, um sein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu retten.

Zum Schluß wandte sich Dr. Hugenberg gegen die Behauptung, die Deutschnationalen hätten es im Sommer 1930 in der Hand gehabt, die Macht zu erobern. „Ich habe wiederholt," so erklärte der Redner, „öffentlich dargelegt, daß Brüning der D. N. V. P. gegenüber niemals auch nur einen Versuch gemacht hat, sein Kabinett nach rechts zu orientieren oder zu erweitern, er hat mir dies auch in einer persönlichen Unterhaltung zugeben müssen. Er hat auch niemals den Versuch gemacht, seine Politik im Sinne der Rechten umzustellen. Auf richtige, das Vaterland rettende Politik, und nicht auf einen bloßen Anteil an der Macht, d. h. an der Futterkrippe, ist meine politische Arbeit gerichtet."

„Die Zukunft des Kapitalismus."

Die Vorherrschaft der weißen Rasse erledigt?

Vor der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft sprach Professor Werner Sombart über „Die Zukunft des Kapitalismus". Sombart ging in seinen Betrachtungen von dem Spätkapitalismus aus, und erklärte, daß es für die Zukunft des Kapitalismus drei Möglichkeiten gebe: Einmal den status quo oder die konservative Gesinnung, das heißt das Weiterflicken am augenblicklichen System durch Notverordnungen, zweitens die rückschauende Gesinnung, die den Film noch einmal zurückdrehen will in den Zustand der freien Wirtschaft. Sombart glaubt, daß diese Entwicklung nicht mehr eintreten wird. Er kommentierte den früheren Freihandel mit den launigen Worten: „Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder!" Als dritte und revolutionäre Möglichkeit führte Professor Sombart die Entwicklung zu neuen Formen, zur Planwirtschaft oder, wie er es nannte, zur gezähmten Wirtschaft an. Planwirtschaft verlange Totalität. Es müsse alles gleichgestellt werden, also Erzeugung, Verteilung und Verbrauch müßten zusammengefaßt werden. Eine Teilplanung sei ein Widerspruch in sich wie eine Teilrationalisierung, wie wir sie gesehen haben. Eine Planung könne jedenfalls nicht vom Völkerbund ausgehen. Sie könne nur vom nationalen Gesichtspunkt aus erfolgen. Sombart ging hierbei auf die vielfach mißverständlichen Auffassungen über die Planwirtschaft ein. Unter Planwirtschaft dürfe man keine Vorstellung einer bestimmten Wirtschaft haben. Jede vollkommene Planwirtschaft werde eine Fülle von Wirtschaften aufweisen.

Während Sombart zunächst seine Ausführungen auf Europa und Deutschland zugeschnitten hatte, ging er anschließend auf die weltwirtschaftlichen Verschiebungen ein. Eine Rückkehr zur hochkapitalistischen Weltwirtschaft, die auf dem Pfunde, das vom Goldstandard abgegangen sei, beruht hatte, könne nicht mehr erfolgen, schon weil Europa nie mehr der Geldgeber der Erde sein wird, da es weniger Kapital ansammeln wird als bisher, da das Tempo der Wirtschaft sich verlangsamt hat und die Höherbewertung der Arbeitsleistung sich durchgesetzt hat. Europa wird wesentlich weniger Kapital produzieren als bisher, und ein neues Merkmal der Weltwirtschaft wird die Tatsache sein, daß die Eroten versuchen werden, sich selbst zu finanzieren. Als sicher könne man ansehen, daß es mit der Herrschaft der weißen Rasse vorbei sei. Das welthistorisch größte Ereignis des Weltkrieges sei die Emanzipation der Farbigen.

Am Schluß seiner Betrachtung ging Sombart auf ein weiteres Schlagwort, die Autarkie, ein, die vielfach ebenso mißverstanden werde wie die Planwirtschaft. Autarkie sei eine zielbewußte, planvolle Regelung des Ganzen, ein Zusammenschluß zu Wirtschaftsblöcken. Man müsse Autarkie besser durch Autarchie übersetzen, sie bedeute nicht Selbstgenügsamkeit, sondern Selbstherrschaft. Die Linie der Autarkie müsse fortgesetzt werden im Wege einer sinnvolleren Gestaltung der Wirtschaft von einem einheitlichen Ganzen aus. Auf diesem Wege lagen die Zollunionspläne, Kontingentierungen und die Präferenzzölle im Gegensatz zu der, wie Sombart sich ausdrückte, unglückseligen Meistbegünstigungsklausel.

Landwirtschaft und arbeitsparende Maschine.

Tagesprobleme der Agrartechnik.

Zu einer Aussprache über Tagesprobleme der Agrartechnik hatte das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Fragen der Nebenerwerbssiedlung, der Feldbereinigung und der Maschinenanwendung in bäuerlichen Betrieben eingeladen. Landrat a. D. Freiherr von Wilmowsky erläuterte zunächst den Zweck und den Begriff der Nebenerwerbssiedlung: Die Begründung eines (relativ) krisenfesten Arbeiterstammes durch Schaffung von Möglichkeiten zur Ausnutzung brachliegender Arbeitskraft durch Erzeugung von Lebensmitteln für den Eigenverbrauch. Die größte Aussicht auf eine Entlastung des städtischen Arbeitsmarktes gebe die sogenannte „Kurzschichtensiedlung", die die Aufgabe habe, große Teile der städtischen Bevölkerung in wirtschaftliche Verhältnisse zu setzen, die sie weitgehend von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Umwelt freimachen. Sie sollen in eine Form der relativ geschlossenen Hauswirtschaft versetzt werden. Bei der Bearbeitung dieser Siedlungsform ist nicht vom Geld ausgegangen, sondern von den Nahrungsmitteln als dem Absolutesten in den Zeiten der allgemeinen Unsicherheit. Merkmale der Kurzschichtensiedlung seien: Verkürzung der Arbeitszeit, Einstellung von neuen Arbeitnehmern in allen Betrieben, in denen Kurzarbeit möglich ist, und dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit, und schließlich Ersatz des Einnahmeausfalles bei Kurzarbeit durch Selbsterzeugung von Nahrungsmitteln auf eigener Scholle. Erzielt werde eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und weitgehende Krisenfürsorge durch Krisensicherheit der Selbstversorgungssiedler. — Im Referat über Feldbereinigung wurde darauf hingewiesen, daß sie nicht nur ein unbedingtes Erfordernis für die wirtschaftliche Verwendung arbeitsparender und arbeiterleichternder technischer Hilfsmittel sei, sondern daß sie darüber hinaus eine unerläßliche Voraussetzung für die Anwendung moderner Wirtschaftsmethoden überhaupt darstelle. Der einzige Weg, dem Kleinbetrieb eine Existenzmöglichkeit mit angemessener Lebenshaltung zu schaffen, sei die Verringerung des Arbeitsaufwandes durch starke Zusammenlegung der Einzelparzellen zu Flächen, deren Größe die Anwendung technischer Hilfsmittel gestatte und das Verhältnis von Arbeitsweg und Arbeitszeit günstig gestalte.

In völliger Verkennung der Tatsachen werde die Schuld des Niederganges der Landwirtschaft auf Intensivierung und Mechanisierung geschoben. Die Abschaffung der arbeitsparenden Maschinen bedeute unter allen Umständen eine erhebliche Verteuerung der Erzeugnisse. Zur Maschinenanwendung in Siedlerbetrieben sei der Siedler im Sinne einer intensiven Wirtschaftsführung infolge der starken Belastung der Neusiedlungen mit Renten (40 bis 100 Mark je Hektar jährlich!) gezwungen. Der Erfolg habe sich darin gezeigt, daß von den beratenen Landwirten die ihnen zunächst leihweise überlassenen Maschinen nach Ablauf der einjährigen Probezeit angekauft wurden. — Neben Fragen der Anwendung von Automobilen als Raupenschlepper, Motorenmähern, Mähdreschern und Holzgasmotoren wurde auch das Problem des technischen Unterrichts und der technischen Beratung in der Landwirtschaft behandelt.

Nun ist jedoch auch in Berlin eine Versammlung zur Proklamierung des Vatertages in die Erscheinung getreten, und von Berlin aus soll sich die Propaganda für diesen Tag über ganz Deutschland verbreiten. Das hofft und wünscht man. Einige wenigstens hoffen und wünschen es.

Aber im Ernst gesprochen: Ehrungen des Vaters und der Mutter, die sich von selbst verstehen sollten, „aber die Eltern müssen danach sein", wie der große österreichische Dichter Anzengruber in seinem erschütternden Drama „Das vierte Gebot" sagt —, sind eine viel zu heilige Sache, als daß sie in solcher Weise eingeführt werden müßten. Man sollte, so meinen wir bei allem Respekt vor den guten Absichten anderer, es jedem Menschenkinde selbst überlassen, wie er seinen Vater und seine Mutter ehren will, und wenn es dazu wirklich eines besonderen Anlasses brauchte, sind ja immer noch und seit alten Zeiten die Geburtstage der Eltern da, und wenn die Eltern bereits tot sind, die Sterbetage als besondere Gedenktage. Aus besonderen Gründen vorgeschriebene Ehrungen zu irgendeiner genau festgesetzten Zeit verlieren viel von ihrem Werte. Man sollte sich also die Sache mit dem Vatertag vielleicht noch überlegen. Wer seinen Vater wirklich liebt und ehren will, möchte sich diese Liebe wohl nicht gern kontrollieren lassen!

—* **Wegen des Baues einer neuen Antenne wird der Großsender Langenberg voraussichtlich am 3. und 4. März je bis 16 Uhr außer Betrieb sein.**

—* **Die D-Züge feiern** am 1. Mai ihr 40jähriges Bestehen. An demselben Tage 1892 wurden die Schnellzüge Berlin—Hildesheim—Köln und am 1. Juni Berlin—Nordhausen—Frankfurt a. M. aus Durchgangswagen gebildet. Am 1. Februar 1893 folgten die Schnellzüge Berlin—Hannover—Köln. Alle führten die 1. und 2. Klasse. Die Wagen waren schwerer und besser ausgestattet als die früheren Abteile. Die 1. Klasse sogar mit Drehsesseln, die sich aber nicht bewährten und wieder abgeschafft wurden. Jeder Zug hatte einen Wirtschaftsbetrieb. Es gab aber nur kalte Speisen. Die neuen Wagen waren bald bevorzugt und es kam zu Schwierigkeiten, weil die Reisenden des Nahverkehrs den Fernfahrgästen die Plätze fortnahmen. Der Kartenvorverkauf konnte diesem Uebelstand nicht abhelfen. Am 10. April 1893 wurde dann die Platzkarte eingeführt. Vom gleichen Tage an nannte man die Wagen Durchgangszüge. Seitdem ist ihre Zahl ständig gewachsen, die Ausstattung erheblich verbessert und die Fahrgeschwindigkeit erhöht worden.

—* **Landnot im Osten?** Wie uns seitens des Evangelischen Siedlungsdienstes, Bielefeld, mitgeteilt wird, droht die durch die erfreulichen Maßnahmen der Reichsregierung im Westen und Süden sehr stark in Fluß gekommene Siedlungsbewegung, besonders von Rücksiedlern, die aus dem Osten stammen, dadurch im Keim zu ersticken, daß im Osten keinerlei Möglichkeit der Landbeschaffung besteht. Alle Siedlungsgesellschaften teilen mit, daß infolge der Bestimmungen der Osthilfe Land zum Ankauf nicht zur Verfügung steht und der geringe noch aus dem Vorjahr stammende Landvorrat wahrscheinlich völlig durch die Nachfrage von Siedlern aus dem Osten selber in Anspruch genommen wird. Dringende Aufgabe der Reichs- und Preußischen Regierung muß es sein, in allerkürzester Frist vor Eintritt des Frühjahrs dafür zu sorgen, daß für die Tausende von Siedlungswilligen aus West- und Süddeutschland umgehend Siedlungsland zur Verfügung steht, umsomehr als durch die Bestimmungen über das Gruppensiedlungsverfahren und durch das Entgegenkommen der Stadtverwaltungen die Finanzierungsfrage bei vielen Siedlern ohne Schwierigkeiten gelöst werden kann. Es wäre bedauerlich, wenn die Osthilfe, die in ihrem Kern durchaus zu begrüßen ist, zur Verhinderung der notwendigen Siedlung führte.

—* **Anerkennung deutscher Missionsarbeit.** Die deutschen Missionsgesellschaften in den ehemals deutschen Kolonien waren durch die Enteignung ihres Besitzes bei der Wegnahme des Landes schwer geschädigt worden. Der „Treuhänderrat" in Ost-Afrika, der den Missionsbesitz übernommen hatte, ist jetzt durch ein Gesetz aufgelöst worden. Die Verfügung über den ehemals deutschen Besitz hat der Gouverneur übernommen, der ihn den Missionsgesellschaften demnächst übergeben wird. Das ist eine erfreuliche Anerkennung für die positive Arbeit und zugleich ein interessantes Eingeständnis für die Notwendigkeit des Weiterbestehens der deutschen Mission, die eben durch die Wegnahme ihres mühsam erworbenen und aufgebauten Besitzes nicht mehr lebensfähig genug war, zumal die Heimat nicht mehr in dem Maße wie früher zum Unterhalt beitragen kann.

—* **Nachrichten aus dem westfälischen Konsistorium.** Pfarrer Heinrich Meier, Dortmund-Marten wurde zum Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Heeßen bei Hamm berufen. Zum Pfarrer der Gemeinde Resse bei Recklinghausen wurde Hilfsprediger Donner vom Konsistorium bestellt. Neu zu besetzen sind eine durch Amtsniederlegung des bisherigen Inhabers freigewordene Pfarrstelle der Gemeinde Münster und zum 1. Mai 1932 eine durch Uebertritt des bisherigen Inhabers in den Ruhestand freiwerdende Pfarrstelle der Gemeinde Recklinghausen. Die Stelle in Münster wird durch die Kirchenbehörde neu besetzt und in Recklinghausen findet eine freie Gemeindewahl statt.

Halver

!! Die **Amts-Sparkasse in Halver** gibt uns über das Jahr 1931 den vorläufigen kurzen Geschäftsbericht:

Die allgemeine unruhige Lage hat sich auch bei der Amtssparkasse Halver teilweise bemerkbar gemacht. Die Angstabhebungen und -kündigungen in der Julizeit kamen jedoch verhältnismäßig schnell zum Stillstand. Es dürfte das mit in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß es der Kasse möglich wurde, bei den Auszahlungen, soweit es gesetzlich zulässig war, weitgehend entgegenzukommen und die Löhnungsgelder pünktlich für Industrie und Gewerbe zur Verfügung zu stellen. So ist es auch zu erklären, daß das Vertrauen schnell wiederkehrte und der Gesamteinlagenbestand einschl. der Zinsgutschriften auch in diesem Jahre noch um 189 570,71 RM wuchs gegenüber 392274,15 RM im Vorjahre. Die Gesamteingänge im Sparverkehr betrugen 1 759 353,01 RM und die Gesamt-Auszahlungen 1 569 782,30 RM. Der Gesamteinlagenbestand ohne Aufwertungsmasse beläuft sich nunmehr auf 3 035 694,08 RM. Die Zahl der neuausgefertigten Sparbücher betrug 636 Stück. Seit Mitte November zeigt sich eine andauernde Neigung zur Neueinlage. Es überschritten die Eingänge die Auszahlungen weithin und ist es der Kasse gelungen, eine neue bare Flüssigkeitsreserve von ca. 250 000 RM zu schaffen. Wenn sie sich heute beim Ausgleichgeschäft trotzdem noch großer Reserve befleißigt, so entspringt das lediglich ihrer vorsichtigen Anlagepolitik, wie sie diese vor der Krise bereits übte und die ihr es dann ermöglichte, nach Ablauf der Zahlungssperre den Verkehr glatt zu erledigen. Der allgemeine Rückgang der wirtschaftlichen Lage, die verkleinerten Umsatzzahlen und Posten haben sich bei der Kasse durch eine Vergrößerung des Kundenkreises ausgleichen lassen. Der Umsatz betrug auf einer Buchseite gezählt im Jahre 1931 31,5 Millionen RM. Die Zahl der Umsatzposten aber stieg allein im Scheck- und Kontokorrentverkehr um rund 15 000 Stück. Ein erheblicher Teil der Vergrößerung des Kundenkreises entfällt auf die Zweigstelle in Schalksmühle, die sich sehr gut entwickelt hat. Die vielfach gehegten Bedenken, daß die eingefrorenen Gelder bei der Landesbank zu einem Verlust führen könnten, sind durchaus abwegig. Wohl liegen auch heute noch rund 200 000 RM bei der Landesbank fest und ist dies wegen der dadurch bedingten Beschränkung im Ausgleichgeschäft äußerst bedauerlich, doch kann daraus niemals ein Verlust entstehen, weil die Kasse selbst vor Jahren durch die Anstalt Anleihen pp. erhalten hat, die sich summenmäßig fast in gleicher Höhe halten und gegebenenfalls aufgerechnet werden könnten.

Der Reingewinn wird etwas geringer sein wie der des Vorjahres. Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde soll wiederum die Hälfte über den Garantieverband zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden. Es ist erfreulich, daß dadurch wieder mancher Not abgeholfen werden kann. Die andere Hälfte des Reingewinnes soll dem eigenen Vermögen der Kasse zugeführt werden. Die offenen Reserven der Kasse erhalten damit eine Höhe von rund 253 000 RM. Gegenüber dem Einlagenbestande bedeuten die eigenen Reserven der Kasse eine besonders starke Garantie. Zu dieser aber tritt die Garantie des Gewährverbandes, die um deswillen noch besonders zusagt, weil eben dieser Verband bis heute selbst noch keine Schulden gemacht hat, wohl aber über erhebliche Vermögenswerte verfügt. Gespräche mit der Kundschaft haben uns wiederholt bestätigt, daß all diese Umstände dazu geführt haben, daß die Sparer auch heute noch ihr Geld in Ruhe der Kasse wieder anvertrauen.

Die Kasse wurde Anfang vorigen Monats einer zehntägigen Revision durch 2 hauptamtliche Revisoren im Auftrage der Regierung unterzogen. Bei der am Ende der Revision stattgefundenen Schlußbesprechung ergab sich, daß Einwendungen gegen die Geschäftsführung nicht zu erheben waren.

—)! Am 1. Januar d. J. ist das **Milchgesetz** vom 31. 7. 30 mit Ausnahme des Paragraphen 38, welcher bereits seit dem 15. 5. 31 in Kraft ist, in Kraft getreten. Mit demselben Tage sind in Kraft getreten die erste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes (Reichsausführungsbestimmungen) vom 15. 5. 31 und die Preußischen Ausführungsbestimmungen vom 16. 12. 31. An die Landwirtschaft werden durch das neue Gesetz mancherlei Anforderungen gestellt, welche das bisherige Gesetz über den Verkehr mit Milch vom 23. 12. 26 nicht stellte, Anforderungen welche unter Umständen zu einer bedenklichen Belastung der Betriebe führen können. Dem einzelnen mit Arbeiten überhäuftem Landwirt kann nicht gut zugemutet werden, sich durch die nahezu 200 Paragraphen des neuen Gesetzes und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen hindurchzuarbeiten. Sache der Berufsorganisationen und der landwirtschaftfreundlichen Presse wird und muß es sein, hier für die nötige Aufklärung zu sorgen, und ihre Mitglieder mit den gesetzlichen Anforderungen vertraut zu machen. Durch Inanspruchnahme dieser Stellen wird es dem Landwirt möglich gemacht sich die wichtigsten Bestimmungen zu eigen zu machen um sich vor etwaigen Härten des Gesetzes und Verstöße gegen dasselbe, welche Strafen nach sich ziehen können, zu schützen. Letzteres wird um so eher möglich sein als in Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die maßgebenden Stellen durchaus geneigt sind in der Handhabung des Gesetzes weitgehende Milde walten zu lassen. Wenn einerseits das Gesetz nicht geringe Forderungen an den einzelnen Milchproduzenten stellt, so bietet es andererseits eine Handhabe, die gründlich zerfahrenen Verhältnisse auf dem Milchmarkte in geregelte Bahnen zu leiten. Nach Paragraph 38 des Gesetzes können und sollen Zusammenschlüsse von Erzeugerbetrieben sowie milchbearbeitende und -verarbeitende Betriebe in einheitlichen Wirtschaftsgebieten erfolgen. Für Westfalen und Rheinland soll der Zusammenschluß im Milchwirtschaftlichen Zentralverband für Westdeutschland erfolgen. Die Satzungen dieses Verbandes sind bereits von den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen beider Provinzen genehmigt. An der direkt an den Handel liefernden Landwirtschaft wird es selbst liegen, sich möglichst großen Einfluß in dem Verbande zu sichern. Es würde zu weit führen, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, jedoch wird auf die in der heutigen Nummer dieser Zeitung erscheinende Einladung der Ortsgruppe Schwenke des Bergisch-Märkischen Milchproduzenten-Verbandes e. V. aufmerksam gemacht und den in Frage kommenden Landwirten dringend empfohlen, an dieser Versammlung teilzunehmen. In dieser Versammlung werden einschlägige Fragen behandelt werden.

Kierspe

—s **Abiturienten.** Das Abitur bestanden an den Lüdenscheider Lehranstalten Karl Funke, Sohn von Wilhelm Funke, und Richard Plate, Sohn von Friedr. Richard Plate hierselbst. Unseren Glückwunsch.

—s **Kriegsgräber-Fürsorge.** Wir berichteten schon vor kurzem über die Bestrebungen zur Gründung einer Ortsgruppe des Volksbundes für Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Zur Verwirklichung des Gedankens soll am kommenden Sonntag nachmittag um 5¾ Uhr im Hotel Cramer, Kierspe-Bhf. eine Besprechung stattfinden, und hat der Bürgermeister die sämtlichen Vereine der Gemeinde gebeten, hierzu je einen Vertreter zu entsenden. Voraussichtlich wird auch der Geschäftsführer des Bezirksverbandes, Herr Oberförster Dresler aus Olpe an der Besprechung teilnehmen.

:—: Der **M.-G.-V. Vollwerk,** unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Musikdirektors Willy Peters, Lüdenscheid veranstaltet am vergangenen Samstag einen Bunten Abend, bei dem Musikdarbietungen, Lieder für Chor und Solostimmen, sowie humoristische Vorführungen miteinander abwechselten. Der Saal des Vereinslokales Gertrudenhof, Vollwerk war bis auf den letzten Platz gefüllt, von allen Seiten war man der Einladung des Vereins gefolgt, der sein Programm in gewohnter, mustergültiger Art und Weise abwickelte, und für das ihm reicher Beifall gezollt wurde. Den musikalischen Teil hatte das Vollmer Konzerttrio unter Leitung des Herrn Vorbeck übernommen, welches auch reichen Beifall gefunden hat. Nach Abwicklung des reichhaltigen Programms hielt ein gutbesuchter Ball die Teilnehmer noch einige Stunden gemütlich zusammen.

Rönsahl

—r Die Mitglieder der **Gemeindevertretung zu Rönsahl** sind zu einer Sitzung am Freitag, den 4. März, nachmittags um 3½ Uhr bei Sure in Rönsahl geladen. Auf der Tagesordnung steht: a) Aufteilung des Wernscheidwaldes zwischen Gemeinde und Kirchengemeinde Rönsahl, b) Aufforstung von Gemeindewaldflächen, c) Wegesachen, d) Unterstützungen, e) Waldsachen, f) Verschiedenes.

*

Lüdenscheid. Bestandene Reifeprüfung. Zeppelin-Schule (Abteilung Oberrealschule). Am Montag, dem 29. Febr. fand unter Vorsitz des Oberschulrats Dr. Rothstein die mündliche Reifeprüfung statt, in der alle Oberprimaner, welche in die Prüfung eintraten, bestanden. Es sind dies: 1. Walter Berkey (Wettringhof), 2. Heinz Dettmer, 3. Friedr. Wilh. Dresbach (Halver), 4. Karl Funke (Kierspe), 5. Herbert Groll, 6. Heinz Holthaus (Plettenberg), 7. Wolfgang Jordan, 8. Werner Kolbe, 9. Erwin Lausberg (Löh), 10. Peter Linden, 11. Karl Loos (Plettenberg), 12. Herbert Ruhn, 13. Richard Plate (Kierspe), 14. Hans Schipull (Brügge), 15. Hans Heinr. Schneider (Plettenberg), 16. Wilh. Sontag, 17. Walter Vormann (Wiesenthal, 18. Hans Zacher. Kaufleute werden: Berkey, Funke, Groll, Holthaus; Techniker: Linden, Jordan, Schneider, Sontag, Zacher, Dresbach. Loos will Volkswirtschaft, Dettmer, Plate, Schipull wollen Medizin studieren. Ruhn wird Landmesser, Kolbe Journalist; Lausberg möchte zur Reichswehr gehen, und Vormann will in den Dienst der inneren Mission treten.

Breckerfeld. Oeffentliche Fernsprechstelle. In Kotten (Ennepe-Ruhr-Kreis) wird demnächst eine gemeindliche öffentliche Sprechstelle eingerichtet und an die Vermittlungsstelle in Breckerfeld angeschaltet. Die Anstalt nimmt auch Telegraphen- und Unfallmeldedienst wahr.

Voerde. Ein gräßlicher Unglücksfall, der ein junges Menschenleben forderte, ereignete sich im Betriebe der Fa. G. Krafft in Voerde Hasperbach. Der 16jährige Arbeiter Sch. war damit beschäftigt, mit Benzin Schrauben zu reinigen. Bei der Gelegenheit muß er wohl mit Feuer in Berührung gekommen sein. Im Augenblick war er, dessen Kleider Feuer gefangen hatten, in eine einzige Flamme eingehüllt. Bevor man ihm helfen konnte, hatte Sch. am ganzen Körper starke Brandwunden erlitten, die eine sofortige Ueberführung in das Gevelsberger Krankenhaus erforderlich machten. Im Krankenhaus ist der Unglückliche bald seinen Qualen erlegen.

Dortmund. Tot ins offene Grab gestürzt. Bei der Beerdigung eines Gemeindemitgliedes wurde der die Grabrede haltende evangelische Pfarrer Hilburg bei der Predigt von einem Gehirnschlag getroffen. Der Pfarrer stürzte in das offene Grab, aus dem man ihn nur als Toten bergen konnten. Der Verstorbene stand im 62. Lebensjahre.

Wipperfürth. Montag mittag brannte der Gutshof von Hugo Schmitz in Kremershof nieder. Durch den starken Frost war die Wasserbeschaffung äußerst erschwert, die Löscharbeit erfolglos. Das Vieh und ein Teil der Hauseinrichtung konnte gerettet werden.

Radevormwald. Noch glimpflich verlaufene Gasvergiftung. Glück im Unglück hatte hier ein etwa 18jähriges Mädchen beim Baden. Infolge des Sturmes war die Gasflamme an dem Badeofen ausgeblasen worden. Durch das ausströmende Gas wurde das Mädchen betäubt. Zum Glück wurde der Unfall noch rechtzeitig bemerkt, sodaß sich das Mädchen nach ärztlicher Behandlung schnell wieder erholen konnte.

Bielefeld. Schulfragen und Stellungnahme des Kultusministers. Dem Oberbürgermeister Dr. Stapenhorst und dem Beigeordneten Dr. Prieß, die wegen der Fragen der Zusammenlegung der hiesigen Oberrealschulen in Berlin im Kultusministerium vorstellig geworden sind, wurde vom Minister Grimme erklärt, daß die Verwaltung einer 20- bis 30klassigen höheren Schule die Kraft eines einzelnen übersteige und die Vereinigung der beiden Schulen aus diesem Grunde unzweckmäßig sei. Weiter äußerte der Minister stärkste Bedenken, die Gymnasialdirektorstelle einem Neuphilologen zu übertragen, und betonte, daß dieser Posten unbedingt einen Humanisten erfordere. Man neigt hier zu der Annahme, daß dieser Grund allein für die Ablehnung des Vorschlages nicht ausschlaggebend ist, und daß das Ministerium die Besetzung der Stelle sich selbst vorbehalten will, um einen anderwärts freigewordenen Schulleiter in Bielefeld unterzubringen.

Hannover. Neun Autodiebe ermittelt. Die Kriminalpolizei hat neun junge Burschen dingfest gemacht die seit längerer Zeit im hiesigen Polizeibezirk Personenkraftwagen, die unbeaufsichtigt auf den Straßen standen entwendeten, damit Fahrten ausführten und nach Benutzung die Wagen in abseits gelegenen Straßen abstellten. Sämtliche Täter waren nicht im Besitze eines Führerscheins Während zweier solcher Schwarzfahrten wurden zwei Personen nicht unerheblich verletzt. In einem dieser Fälle versuchten vier der Täter, in der Stolzestraße einer alleingehenden Frau deren Handtasche zu entreißen.

Heiligenstadt. Eine Todesfahrt vor Gericht Im Juni 1931 fuhr ein Landwirt aus Freienhagen, der in Heiligenstadt geweilt hatte, vor dem Dorfe Mengelrode in einer abschüssigen Kurve so schnell, daß sein Dogcar umfiel und ein Bekannter, der aus Gefälligkeit mitgenommen war, den Tod fand. In der ersten Instanz wurde der Besitzer des Fuhrwerks wegen fahrlässiger Tötung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Er legte Berufung ein, das erstinstanzliche Urteil wurde aber nicht aufgehoben.

⊙ **Schweres Explosionsunglück auf einem Schlepper.** Bei einer schweren Explosion an Bord eines Schleppers im Hafen von Liverpool wurden drei Mann lebensgefährlich verletzt, ein vierter wird vermißt. Das Fahrzeug wurde vollständig zertrümmert. Der Kessel flog hundert Meter weit durch die Luft. Ein großes Ölfaß wurde über ein Lagerhaus auf das Deck eines Dampfers geschleudert.

⊙ **Eine Amerikanerin wirft 70 000 Franc zum Fenster hinaus.** In Nizza hat die Amerikanerin Anna Smedley Towier 70 000 Franc, die sie im Bakkaratspiel gewonnen hatte, zum Fenster hinaus unter die karnevalfeiernde Menge geworfen. Sie erklärte, sie wolle den erstmaligen Gewinn im Bakkaratspiel auf diese Weise verschwenden.

Aus dem Gerichtssaal.

vn Lüdenscheid. Verwahrloste Jugend. Die seit längerer Zeit erwerbslosen Bauarbeiter R., Hausdiener D., Fabrikarbeiter M. und Fabrikarbeiter H. sind kaum zwanzigjährig und schon des öfteren mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen, hauptsächlich wegen Diebstahls. R. ist bereits 6 Mal vorbestraft, hat aber noch keine Strafe verbüßt, da er stets Bewährungsfrist bekommen

hatte, um ihm Gelegenheit zu geben, endlich von der schiefen Bahn abzukommen. Er hat es nicht verstanden, diese Milde wahrzunehmen und verfiel immer wieder in seinen Fehler, sich unrechtes Gut anzueignen. Von den vier Angeklagten war er der Haupttäter. Er brach bei dem Schuhmachermeister K. ein und nahm Schuhe an sich, bei der Firma R. u. P. brach er ein und stahl Aluminium-Kochtöpfe, Kaffeekessel usw., in einem fahrbaren Wohnwagen Teppiche, Koffer mit Wäsche, beim Friseur W. Zigarren und Zigaretten und so fort. Er war es auch, der in das städt. Wohlfahrtsamt einbrach und sich aus den Pulten Gutscheine aneignete, diese abstempelte und diese mit der Unterschrift des Leiters, die er durchpauste, versah und in Verkehr brachte. Wiederholt ist er in Garagen eingebrochen, hat den Wagen herausgeholt und des Nachts Spazierfahrten nach Kierspe, Altena gemacht, dann gegen Morgen den Wagen wieder eingestellt. Die übrigen Angeklagten haben ihm teils geholfen, teils Diebstähle allein ausgeführt. Sie nahmen alles mit, was sie nur irgendwie ergattern konnten. Der Staatsanwalt beantragte für den R., wegen 5 einfache und 11 schwere Diebstähle, ferner wegen gewinnsüchtiger Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und wegen wissentlich falscher Anschuldigung, weil er einen des Diebstahls bezichtigte, den er ausführte, eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus, für den M. wegen 1 einfachen und 5 schwere Einbrüche 1 Jahr Gefängnis, für D. wegen 1 schweren Einbruch, Hehlerei und Beihilfe zur Urkundenfälschung zu 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und gegen H. wegen 1 einfachen und 5 schwere Einbrüche zu 1 Jahr Gefängnis. Bei R. auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht verkündete nach fast einstündiger Beratung folgende Urteile: R. unter Einbezug der Vorstrafen zu insgesamt 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 5 Monate und 3 Wochen erlittene Untersuchungshaft soll auf diese Strafe zur Anrechnung kommen, D. 9 Monate, M. 1 Jahr und H. 1 Jahr Gefängnis. Die drei letzteren nahmen die Strafe an und wurden sofort abgeführt. Der Haftbefehl gegen R. wurde aufrechterhalten.

Spiel und Sport.

—;) **Ennepe.** Am letzten Sonntag beging der Turnverein **Ennepe** sein diesjähriges **Winterfest.** Die Spielabteilung des festgebenden Vereins hatte zu einigen Freundschaftsspielen eingeladen, die bevor zum Austrag kamen. Schon kurz nach Mittag hatten sich auf dem Sportplatz in Schwenke die Mannschaften der Nachbarvereine Oeckinghausen, Brügge und Ennepe eingefunden. Zwei flotte Spiele kamen zum Austrag, die folgende Resultate zeitigten:

Tv. Brügge 2. — Tv. Ennepe 1. 7 : 3
Tv. Oeckinghausen 1. — Tv. Brügge 1. 3 : 1

Um es vorweg zu sagen, mit Stolz und vollem Erfolge kann der Verein auf das Winterfest zurückblicken, war es doch ein Fest rechter Gemeinsamkeit und Freude. Der festlich geschmückte Saal im Vereinsheim war schon lange vor Beginn besetzt und vermochte nicht die stattliche Besucherzahl zu fassen und mancher Festgast mußte leider mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Nachdem die Lückmann'sche Kapelle mit einigen flotten Musikstücken den Reigen der Darbietungen eröffnet hatte, brachte Fräulein Nelli Käutner einen Vorspruch gut und fließend zu Gehör. Alsdann wickelte sich in bunter Reihenfolge das Programm ab. Die Turnübungen der Männerabteilung am Barren ließen recht die gesundheitlichen, körperlichen und erzieherischen Bildungswerte erkennen. Recht ansprechend wurden ebenfalls die Keulenübungen ausgeführt. Das alsdann aufgeführte Theaterstück „Des Sohnes Rache", ein Lebensbild in 2 Akten wurde von den darstellenden Personen auf das Beste wiedergegeben. Reicher Beifall der Zuschauer belohnte sie. Der 1. Vorsitzende Turnbr. Käutner, begrüßte sodann die zahlreich erschienenen Gäste, insonderheit den Bezirksturnwart Ernst Höngen und Bezirksspielwart Schütter, sowie die Turnbrüder der Nachbarvereine Brügge und Oeckinghausen aufs herzlichste. In treffenden Worten hob er die idealen Werte des deutschen Turnens hervor, daß gerade in den Reihen der Deutschen Turnerschaft ein frischer, frommer, fröhlicher und freier Geist wehe, der in heutiger Notzeit nicht verkannt werden möge. Auch das heutige Winterfest des Vereins diene dazu, immer mehr Interesse für die deutsche Turnsache zu wecken und neue Anhänger, neue Jugend zu gewinnen. Ihm folgte das Turnen der Schülerabteilung, unter Leitung von Tbr. Herbert Stangier. Viel Beifall fanden die von den Kleinen gezeigten Turnübungen; Frohsinn und Freude herrschte bei Jung und Alt. Im weiteren Verlauf der Festfolge trug Tbr. Gustav Brüggendieck einen Turnspruch „Turnertreue", wirkungsvoll vor. Den Höhepunkt des Festes bildete sodann die Verleihung des Gauehrenbriefes des Märk. Turngaues, an den verdienstvollen 1. Vorsitzenden Adolf Käutner. Bezirksturnwart Höngen übermittelte seitens des 6. Bezirks herzliche Grüße und Wünsche, und überreichte nach markanten fesselnden Worten, mit den besten Wünschen, im Auftrage des Märkischen Turngaues, dem treuen, strebsamen 1. Vorsitzenden des Vereins, der seit frühester Jugend in selbstloser uneigennütziger Weise, seine ganze Kraft in den Dienst der deutschen Turnsache gestellt hat, den Gauehrenbrief. Stolz kann der Turnverein Ennepe auf seinen geehrten Turnbruder sein, als Dank wurde ihm, sowie seiner Gattin seitens der Festversammlung ein dreifaches Gut Heil ausgebracht. Desgleichen ein nochmaliges dreifaches „Gut Heil" unserem deutschen Vaterlande und der Deutschen Turnerschaft. Tbr. Käutner dankte mit herzlichen Worten für die Auszeichnung und Glückwünsche, betonte, daß auch weiterhin sein Ganzes in steter Treue der edlen Turnsache gelte. Viel Interesse fanden die Frei- und Bodenübungen der Männerabteilung. Der Schwank „Der Diener Fritz" löste allgemein Heiterkeit aus. Den Schluß des Programms bildete eine Verlosung, die manchem Festteilnehmer Ueberraschung und Freude bereitet hat. Ein gemütlicher Turnerball, wozu die Kapelle mit schöner Musik und rechter, froher Stimmung wesentlich beitrug, beschloß das in allen Teilen gut verlaufene Winterfest. Gut Heil!

Selbstmordversuch einer Hausangestellten.

Die Kleider selbst in Brand gesetzt.

Eine 16jährige Hausangestellte, die bei einem Molkereibesitzer in Sorsum bei Hildesheim im Dienst stehende Vollwaise S., die erst vor kurzem aus dem braunschweigischen Waisenhause entlassen war, befand sich in ihrem Zimmer, als ein Wimmern aus diesem Raum die Hausbewohner aufmerksam machte. Das Zimmer war voller Rauch, und in der Mitte stand in Flammen eingehüllt das Mädchen. Mit einem Mantel erstickte man die Flammen und riß der Unglücklichen die Kleider vom Leibe. Sie hatte aber schon so schwere Brandwunden erlitten, daß die sofortige Ueberführung ins Hildesheimer Bernward-Krankenhaus erforderlich war, wo die Schwerverletzte in bedenklichem Zustande daniederliegt. Die Untersuchung ergab, daß das Mädchen sich die Kleider aus selbstmörderischer Absicht angezündet hatte. Im Zimmer fand man eine große Anzahl abgebrannter Streichhölzer und angebranntes Papier. Das Mädchen soll schon vor einigen Tagen Selbstmordabsichten geäußert haben.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 1. März.

Die Regierungsratsstelle für Hitler genehmigt.

Braunschweig. In der letzten Haushaltsberatung des Braunschweigischen Landtages wurde auch über die Regierungsratsstelle des Landeskultur- und Vermessungsamtes beraten, die als freie Stelle der Berliner Gesandtschaft zugeteilt und mit Adolf Hitler besetzt worden ist. Die Stelle wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten genehmigt.

Ein Todesopfer der kommunistischen Bluttat von Tessin.

Rostock. Von den drei in einer Tessiner Gastwirtschaft von Kommunisten schwerverletzten Nationalsozialisten ist der 24 Jahre alte Nationalsozialist August Brackmann aus Tessin verstorben. Im Verlaufe der von der Staatsanwaltschaft Rostock eingeleiteten Untersuchung wurden die beiden Kommunisten Autenriet und Erich Neugebauer verhaftet.

Wieder zwölf Personen an der russisch-rumänischen Grenze erschossen.

Bukarest. Acht rumänische Familien, die aus Rußland nach Rumänien zu entkommen versuchten, werden am Dnjestr von einer russischen Grenzwache überrascht, wobei zwölf Personen getötet wurden. Die anderen Flüchtlinge entkamen nach Rumänien.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 1. März.

★ **Börsenbericht.** Die Tendenz war vorbörslich zurückhaltend und eher schwächer. Bei Börsenbeginn überwogen die Verkaufsaufträge. Die Funktionsunfähigkeit des Rentenmarktes und das allgemeine Bestreben, fest zu handeln, also die angebotenen Beträge nicht zu übernehmen, führten zu weiteren Kursrückgängen. Tagesgeld stellte sich auf unverändert 8—10 Prozent. Für Privatdiskonte bestand Nachfrage. Der Satz blieb unverändert 6⅝ Geld und 6½ Brief. Im Verlauf gab das Kursniveau weiter nach. Die Börse schloß unregelmäßig.

★ **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 14,65 bis 14,69; holl. Gulden 169,68—170,02; Danz. 82,02—82,18; franz. Franc 16,56—16,60; schweiz. 81,49—81,65; Belg. 58,58—58,70; Italien 21,88—21,92; schwed. Krone 80,92—81,08; dän. 80,84 bis 81,00; norweg. 79,47—79,63; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,06—1,07; Spanien 32,65 bis 32,71.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte
vom Verkaufstage 1. März 1932.

Auftrieb: 1808 Stück Ferkel und 266 Stück Läuferschweine. Es kosten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität):

4— 6 Wochen alt	Mark 9.—
6— 8 Wochen alt	Mark 10.— bis 13.—
8—12 Wochen alt	Mark 14.— bis 18.—

Läuferschweine:

3—4 Monate alt	Mark 19.— bis 24.—
4—6 Monate alt	bis Mark 40.—

Marktverlauf: Langsam.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Reichspräsidentenwahl.

Die **Wählerlisten für die Reichspräsidentenwahl** am **13. ds. Mts.** liegen **vom 3. bis 6. ds. Mts.** werktags von 8—12½ Uhr und Sonntags von 9½—11½ Uhr im Amtshaus, Zimmer Nr. 3 bezw. für die Gemeinde Schalksmühle in der Verwaltungs-Geschäftsstelle Schalksmühle öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen können während der Auslegungsfrist bei den Auslegungsstellen erhoben werden.

Halver
Schalksmühle, den 2. März 1932.

Die Gemeinde-Vorstände.

Die **Stimmlisten für die Reichspräsidentenwahl** am 13. März ds. Js. liegen **vom 3. bis einschl. 6. März ds. Js. an den Wochentagen während der Dienststunden und am Sonntag von 10—12 Uhr im Amtshause Zimmer 7 und im Büro der Verwaltungszweigstelle in Klagebach zu jedermanns Einsicht aus.** Einsprüche sind bis zum Ablauf der Einlegungsfrist mündlich oder schriftlich bei den Auslegungsstellen anzubringen.

Der Bürgermeister des Amtes Lüdenscheid.

Quartettverein „Frohsinn" Halver
Dirigent Herr Bruno Lockemann.

Samstag, den 5. März 1932, abends 8 Uhr im Vereinslokal Fasbender

Unterhaltungs-Abend

Gesang und humorist. Vorträge
Eintritt frei. ☛ **T-A-N-Z**

Unsere verehrten passiven Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Billige Seefische!

Kopfloser, blutfrischer Schellfisch
und Kabliau . . . Pfd. 22 Pfg.
Fisch-Filet . . . . Pfd. 30 Pfg,
Grüne Heringe . . Pfd. 13 Pfg.
4 Pfd. 50 Pfg.

Otto Weber, Halver.

Amts-Sparkasse Halver
gegr. 1843
Hauptstelle Halver. Zweigstelle Schalksmühle.

Gebt Eure Gelder über die heimische Sparkasse der heimischen Wirtschaft.

Berg.-Märk. Milchproduzentenverband (e. V.)
Ortsgruppe Schwenke.

Zu einer am Samstag, d. 5. März, nachm. 4 Uhr im Lokale Schulte, Ennepe stattfindenden

dringenden Versammlung

laden wir hiermit unsere Mitglieder, ferner die Mitglieder des Milchlieferanten-Vereins Anschlag und sämtliche Landwirte d. Gemeinde Halver, welche ihre Milch in die Städte Wuppertal, Remscheid, Solingen und deren Umgebung liefern, ein.

Tagesordnung:
1. Organisationsfragen im Rahmen des Reichs-Milchgesetzes
2. Verschiedenes.

Wir bitten dieser Einladung zahlreich u. pünktlich Folge zu leisten.

Der Vorstand.

2-3 Zimmer-Wohnung
in Halver
bis zum 1. April 1932
zu vermieten.

Wo sagt die Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halver:

Suche
im Zentrum von Halver ein

Wohn- oder Geschäftshaus zu kaufen.

Ausf. Angebote mit äußerster Preisangabe unter R 36 an die Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver.

Kohlepapier Farbbänder
vorrätig
Wilh. Bell jr., Halver.



Mittwoch u. Donnerstag im Hauptgeschäft Kronprinzenstraße

Schellfisch
lebendfrisch und ohne Kopf
Konsumverein Halver.

Bin **Donnerstag** um 2 Uhr bei Wirt **Weiland in Kierspe-Bahnhof** mit besten



oldenb. Schweinen zum Verkauf.
Kämper, Denneking.

Die Zeitungsanzeige ist die beste und billigste Reklame; sie ist als Werbemittel unübertreffbar.

Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Gewinnauszug
5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

19. Ziehungstag — 1. März 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 154974
4 Gewinne zu 5000 M. 264299 274328
18 Gewinne zu 3000 M. 13756 179626 203773 238140 305900 317282 335097 350683 368855
42 Gewinne zu 2000 M. 35229 58656 61967 62071 72773 117815 118353 119677 173537 179384 187959 191613 261557 261942 273904 298736 329804 330486 334258 362039 380225
118 Gewinne zu 1000 M. 4428 7355 7569 8291 24722 28209 71217 72384 83191 86578 86883 103904 112705 120979 122915 124594 129373 133859 139846 142654 145637 147341 154784 164253 173976 195658 197975 209905 212157 233624 241169 243160 250033 250894 256647 263081 282295 282584 284452 289487 307415 311044 311136 313050 320343 320484 322634 329334 331701 339124 346320 352641 356178 357415 377385 379881 388475 392993 397286
220 Gewinne zu 500 M. 4780 7448 12947 15051 22765 28531 29215 31652 32312 35132 36991 38326 44427 49521 53461 57771 58500 59990 64875 70355 74083 75244 75552 76901 77778 80075 85883 86946 90909 92481 93014 95712 102532 106536 109337 111078 118429 121136 125973 134304 136503 139078 140251 143036 143508 149006 150123 151887 151922 154677 155843 159841 163004 163135 170562 170790 175958 178952 188199 197626 205836 212734 221275 227099 227706 231645 234489 240027 245048 247751 257765 259123 260124 266427 271327 277136 287309 287348 292251 297524 304430 304683 309051 313580 318044 318952 325023 327036 330392 344248 344476 348421 356399 361081 362910 364979 366852 369193 371049 376037 381298 381359 381401 381404 385685 385901 387794 390368 391497 395153

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 5000 M. 73457 290684 342373
18 Gewinne zu 3000 M. 66508 90403 156078 237547 263067 291710 309778 365571 379272
34 Gewinne zu 2000 M. 15873 133335 165458 181368 184826 185771 199803 206287 224683 254399 259898 293023 310212 315768 321547 333861 398034
88 Gewinne zu 1000 M. 814 9752 16384 19330 24620 28386 33363 54144 68403 77096 80286 82333 87652 102535 111557 129194 138344 151189 154551 186773 187857 193162 230487 241117 241747 246940 249175 254800 265034 265117 272517 282475 286943 291798 329913 333630 344945 355748 356754 357345 358835 370180 373908 373984
142 Gewinne zu 500 M. 2459 10538 20349 21767 21940 27370 32548 39023 42469 66110 82048 84588 93413 94604 96817 98606 102142 112427 123898 128777 128991 133814 134804 138144 148578 151033 171447 171724 175240 175454 179061 180188 185003 186788 189299 189374 198142 200358 203057 203100 204751 205403 209805 212366 223407 224790 226093 230175 235919 237191 242099 244892 264222 300015 300611 303167 317143 323702 331976 344638 346719 356781 358511 361979 375227 386129 387142 390013 392057 394050 396694

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 4 zu je 50000, 10 zu je 25000, 78 zu je 10000, 194 zu je 5000, 370 zu je 3000, 1048 zu je 2000, 2062 zu je 1000, 3324 zu je 500, 9830 zu je 400 Mark.